

Antworten auf den Fragenkatalog des
Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

zur öffentlichen Anhörung zum Thema „Welternährung“

M. Brüntrup

Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE)

Fragenkatalog

1. Was sind Ihrer Meinung nach die wichtigsten Ursachen und Lösungsansätze für die Zahl von einer Milliarde Hungernder bei einer rechnerisch für die Gesamtbevölkerung ausreichenden Produktion an Kilokalorien?

Hunger und Unterernährung sind **extrem vielschichtige Probleme**, mit vielen Ursachen und vielen Lösungsansätzen. Das macht schon die geographische Verbreitung deutlich: Laut jüngstem FAO-Bericht zur Welternährungslage leben 578 Mill. Hungernde in Asien, oft in Ländern mit starkem Wirtschaftswachstum, und 238 Mill. in Subsahara Afrika, wo aber ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung (30%) am höchsten ist. Die meisten Hungernden dürften auf dem Land leben und Kleinbauern bzw. Viehhalter sein¹, aber der Anteil der Landlosen und der städtischen Bevölkerung wächst rasch. Armut und Hunger können sehr dynamisch sein: Neben den chronisch Armen gibt es eine signifikante Zahl von Menschen, die den Status wechseln, laut IFAD's ländlichem Armutsbericht 2011 in einigen Ländern 30% innerhalb von 5 Jahren. Wichtig ist festzuhalten, dass v.a. Kinder durch Unter- und Fehlernährung von Hunger und Unterernährung betroffen sind und bleibend geschädigt werden können.

Bisher gibt es **weltweit genügend Nahrungsmittel**, obwohl ein großer Teil der Agrarproduktion für die Tierernährung, für Genussmittel, für Textilien und zunehmend für Biokraftstoffe verwendet wird. **Der Zugang zu Nahrungsmitteln** über Einkommen, private sowie öffentliche Transfers und Agrarmärkte **ist das Hauptproblem**. Klein- und Kleinstbauern (s. auch Antwort auf Frage 18) leiden oft unter einer Mischung aus beiden Problemen: sie produzieren nicht genug (zumindest nicht in jedem Jahr) für die eigene Subsistenz, haben niedrige landwirtschaftliche und außerlandwirtschaftliche Einkommen, werden von sozialen Systemen nicht erfasst, und leiden unter schlecht funktionierenden Agrar- und Nahrungsmittelmärkten. Oft sind interne Krisen dafür verantwortlich: Bürgerkriege, mangelnde Staatlichkeit, schlechte Regierungsführung. Ein zu wenig beachtetes Problem ist Mangel- und Fehlernährung, insbesondere bei Kindern. Während die weltweite Agrarproduktion bisher mit der wachsenden Nachfrage mithält, scheinen sich die Schwankungen zu erhöhen.

Die derzeit **extrem hohen und stark schwankenden Nahrungsmittelpreise erschweren die Ernährungssicherung**. Allerdings soll hier ausdrücklich darauf hingewiesen werden, dass eine weltweite Niedrigpreispolitik für Nahrungsmittel nach Ansicht des Verfassers auch keine Lösung des Welternährungsproblems ist. Vielmehr sind moderat höhere Preise als vor der ersten Nahrungsmittelpreiskrise 2007/08 wichtig, um genügend Anreize für nachhaltige Produktionssteigerungen zu setzen (s. auch Antwort auf Frage 19).

Für eine in die Zukunft schauende Ernährungssicherungspolitik ist es wichtig, **Zukunftstrends** zu berücksichtigen:

- Landreserven werden knapper;

¹ Stadt-Land-Differenzierungen werden meistens nur für Armut, nicht für Hunger angegeben. Diese beiden Dimensionen sind miteinander eng verzahnt, aber nicht deckungsgleich, daher sind direkte Übertragungen nicht möglich.

- Ertragssteigerungen sind auf hohem Niveau schwieriger zu erreichen;
- viele Böden degradieren;
- die zugänglichen Reserven von Phosphat, einem unersetzlichen Pflanzennährstoff, werden knapper und damit teurer;
- Landwirtschaft konkurriert zunehmend mit anderen Ökosystemdienstleistungen der Landnutzung (Biodiversität, Kohlenstoffspeicherung, u.a.);
- höhere Umweltschutzaufgaben erschweren und verteuern die Produktion;
- Wasserreserven für die Bewässerung werden knapper;
- der Preis von Öl und fossiler Energie, ein Motor der landwirtschaftlichen Entwicklung, steigt und damit einerseits die Kosten der Agrarproduktion und andererseits die Nachfrage nach Ersatzstoffen für Öl und nach (Bio)Energie;
- In der Agrarhandelspolitik (Stichwort: Doha-Runde) werden derzeit keine sichtbaren Fortschritte gemacht, Rückschläge zu mehr Protektionismus (Stichwort: Ernährungssouveränität) sind möglich;
- Der Klimawandel verschärft viele der genannten Probleme und macht die Produktion regional unsicherer, mit negativen Auswirkungen auf die Verlässlichkeit von Nahrungsmittelmärkten;
- Klima- und Ressourcenschutzpolitiken können mit Ernährungssicherungspolitiken in Konflikt kommen.

Es gibt **Lösungsansätze** auf vielen Ebenen für die alten und zukünftigen Probleme:

- Nachhaltige, d.h. langfristig Ressourcen schonende, erhaltende bzw. wieder herstellende Produktionssteigerung, wozu wiederum ein ganzes Bündel von Maßnahmen wie Innovationsförderung, Forschung und Beratung, Bildung und Ausbildung, Agrarkredit, Lagerhaltung, ländliche Infrastruktur, Verarbeitung, Agrarhandel, Organisationsentwicklung, Wertschöpfungskettenförderung, Privatsektorförderung, öffentliche Agrarausgaben und die Schaffung von agrarförderlichen Rahmenbedingungen gehört;
- Einkommenssteigerungen der Armen, möglichst durch Erwirtschaftung von eigenem Einkommen innerhalb und außerhalb der Landwirtschaft (s. auch Antwort auf Frage 18);
- Transfers von Einkommen und/oder Nahrungsmittelhilfe;
- Verbesserung der Agrarmärkte und der -informationsdienste;
- Stabilisierung der Agrarpreise und -märkte, auch durch öffentliche und private Lagerhaltung, insbesondere wo mit Marktproblemen zu rechnen ist;
- Ernährungs-, Hygiene-, Gesundheitsberatung und weitere flankierende Maßnahmen wie Verbesserung von Haushaltskochstellen und Brennmaterial;
- Kohärenz von Agrar- und Ernährungspolitik mit anderen Politikbereichen wie Klima- und Ressourcenschutz, Energie, Handel, Wettbewerb, Infrastruktur, Wechselkurse, Landrechte, Finanzwesen, Dezentralisierung, Landnutzungsplanung, öffentliche Verwaltung, Forschung und Bildung, etc.;
- Lösung interner Krisen und *Governance*.

Allerdings muss betont werden, dass diese allgemeinen Lösungsansätze in unterschiedlicher Art und Weise, unterschiedlichem Maße und verschiedener Zusammensetzung **je nach Land, Region und Zielgruppe** zur Anwendung kommen sollten. Gerade **die Entwicklung einer nachhaltigen Landwirtschaft ist extrem standort-spezifisch**, da es sich um komplexe ökologische, soziale und ökonomische Systeme handelt, in denen viele Komponenten eng mit den Boden-, Klima- und anderen natürlichen Faktoren sowie untereinander abgestimmt werden müssen und die gleichzeitig gegenüber externen Einflüssen möglichst resilient sein sollen. Ernährungssicherung sollte sowohl auf der Angebots- als auch auf der Nachfrageseite prioritär in den Entwicklungsländern geschehen, die Produktivkraft der dortigen ländlichen

Bevölkerung sollte die erste Wahl für eine kohärente Agrar- und Entwicklungspolitik sowohl dieser Länder als auch der Industrieländer sein. Die Agrarpolitik in den Industrieländern muss dafür faire Chancen schaffen (s. dazu auch Antworten auf Fragen 10 und 17). Wichtig ist auch zu betonen, dass Ernährungssicherungspolitik ein dynamisches Feld ist, das mit sich ändernden Umständen angepasst werden muss.

2. Gibt es neue Erkenntnisse zu den Ursachen der Nahrungsmittelkrise, die es zu berücksichtigen gilt?

Die **prinzipiellen langfristigen (strukturellen, fundamentalen) Ursachen** der hohen Preise sind mittlerweile hinlänglich bekannt: Die Nachfrage steigt durch steigende Bevölkerung, Verstädterung, höhere Einkommen und dadurch höheren Konsum von tierischen Produkten sowie die Förderung von Biokraftstoffen. Das Angebot kann der Nachfrage zwar (noch) folgen, aber die Produktionsmengen schwanken stark. Die auf dem internationalen Markt gehandelten Mengen sind deutlich geringer als die produzierten Mengen, oft nur wenig Prozent (bspw. Reis). In dieser Situation können einzelne und besonders gehäufte Nachrichten von Ernteausfällen in einzelnen Regionen zu großen Preissprüngen führen. Ob und wie stark sie auf die nationalen Märkte durchschlagen, hängt wiederum von mehreren Faktoren ab: der Offenheit der Märkte, handelspolitischen Reaktionen der Staaten, der nationalen Produktions- und Nachfragesituation, Devisenvorräten, etc.. Länder mit offenen Agrarmärkten und einem hohen Anteil an importierten Agrarprodukten, die stark von öffentlichen Interventionen geprägt sind, die eine wenig diversifizierte Export- und damit Deviseneinnahmestruktur aufweisen, und die gleichzeitig einen Produktionsrückgang verzeichneten, waren und sind von den Krisen besonders stark betroffen. Reduzierte Lagerhaltung und vermehrte Spekulation an Spot- und Warenterminbörsen führen zu höheren Risiken und größeren Spekulationsanreizen und verstärken damit Preisschwankungen. Staatliche Eingriffe in Export- und Importmärkte haben insbesondere während der ersten Nahrungsmittelpreiskrise 2007/08 deutlich zur weiteren Preiseskalation beigetragen.

Um die relative **Bedeutung einzelner Faktoren** wird nach wie vor heftig gestritten. So wurde die Bedeutung der Biokraftstoffe zunächst wahrscheinlich überschätzt (das kann für die Zukunft anders aussehen, s. Antwort auf Frage 16), ebenso die Spekulation an Warenterminbörsen (während andere Formen der Spekulation durchaus wichtig waren, s. Antwort auf Frage 20). Die Rolle von China und Indien als Preistreiber trifft zumindest für die erste Preiskrise kaum zu (Ausnahme evtl. Pflanzenöle). Hingegen muss die Rolle von staatlichen Eingriffen in die Agrarmärkte (Exportverbote, Hamsterkäufe) stärker gewichtet werden.

3. Welche Maßnahmen müssen ergriffen werden, um in Umsetzung des Menschenrechts auf Nahrung die Entwicklung der Landwirtschaft sowie den regionalen und lokalen Handel mit Lebensmitteln in den Entwicklungs- und Schwellenländern weiter zu fördern, insbesondere mit Blick auf die Agrarpolitik und Agrarforschung in Deutschland und Europa?

Für allgemeine Maßnahmen siehe Antwort 1, mit diesem Maßnahmenkatalog kann das Recht auf Nahrung erreicht werden. Die Formulierung von **Hungerbekämpfung als Menschenrecht** hat den großen Vorteil, dass sie nicht nur als Bedarf und Ziel, sondern als Recht angesehen wird, und Staaten in einer Bringschuld. Das kann bedeutende prozedurale Verbesserungen ergeben (Transparenz, Anhörungs-, Mitbestimmungs-, Klagerechte etc.), inhaltlich ändert sich aber nichts. Eine gewisse Gefahr des Menschenrechtsansatzes besteht in der Überbetonung des Staates als Versorger (im Gegensatz zu Facilitator).

Der **Nahrungsmittelhandel** spielt eine bedeutende Rolle für die Ernährungssicherung. Der lokale Handel tat dies schon in historischen Zeiten. Der internationale Handel wurde seit

Beginn des Industriezeitalters und des billigen Massentransportes immer wichtiger für die Welternährungssicherung, seine Bedeutung sollte nicht unterschätzt werden, denn je größer das Einzugsgebiet für Nahrungsmittel, desto besser können die hohen Angebotsschwankungen kleinerer Räume aufgefangen werden. An dieser prinzipiellen Einschätzung ändern auch die Weltpreiskrisen nichts, sie zeigen allerdings, dass man sich auf die Weltmärkte nur bedingt verlassen kann, insbesondere unter den bisherigen Rahmenbedingungen (s.o.). Regionale Märkte sind ein wichtiges Bindeglied zwischen lokal und international, die Produktpaletten sind ähnlicher, die Transport- und Transaktionskosten können günstiger sein als im internationalen Handel. Tatsächlich ist dies aber oft noch nicht der Fall, gerade in Afrika besteht hier noch viel Ausbaupotential. Dafür müssen Standards, seuchenrechtliche Bestimmungen, Ernährungssicherungspolitiken, Handelspolitiken etc. harmonisiert, Infrastruktur und Transportwesen verbessert und vor allem informelle Handelshürden abgebaut werden. Regionale Integration kann dann ein wichtiger Baustein für Ernährungssicherheit sein, sie sollte aber nicht gegen internationalen Handel ausgespielt werden.

Agrarpolitik und Agrarforschung in Deutschland und Europa sind zwei getrennte Politikfelder.

- In der **Agrarpolitik**, die weitgehend im Rahmen der Europäischen Union gestaltet wird, sollte sich Deutschland dafür einsetzen, dass die anstehende Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) so weit wie möglich kohärent ist mit Entwicklungsbemühungen der Entwicklungsländer zum Aufbau eigener, wettbewerbsfähiger, nachhaltiger, der Ernährungssicherung und der ländlichen Entwicklung dienender Agrar- und Nahrungssektoren. Das heißt konkret, dass die europäische Landwirtschaft so weit wie möglich auf Protektion verzichten sollte, und Subventionen nur dort einsetzen sollte, wo sie die Produktion öffentlicher Güter (Umweltschutz, Landschaftserhalt, Tierrechte etc.) unterstützt und gleichzeitig die Agrarproduktion nicht künstlich fördert. Die Regulierungen der Ausnahmen der „green box“ der WTO sind nach Ansicht des Verfassers nicht ausreichend, die entwicklungsschädigenden Auswirkungen der EU-Agrarpolitik zu verhindern, weil auch bedingungslose Einkommensstützungen für Landwirte deutlich produktions- und damit handelsverzerrend sind (s. auch Antworten auf Fragen 10 und 17).
- In der **Agrarforschung**, die weitgehend Sache der EU-Mitgliedsstaaten ist (mit rühmlichen Ausnahmen wie dem Forschungsrahmenprogramm der EU), sollte die Ernährungssicherung im weiteren Sinne (s. Maßnahmenkatalog in Frage 1) einen deutlich breiteren Raum einnehmen. Öffentliche Agrarforschung sollte heute v.a. globale öffentliche Güter herstellen - und die Agrar- und Ernährungsproblematik in den Entwicklungsländern ist eine zentrale globale öffentliche Aufgabe. Allerdings sollte gleichberechtigten Nord-Süd-Kooperationen wesentlich mehr Bedeutung eingeräumt werden als bisher, ebenso der Einbindung (nicht nur beim Transfer) von Politik, Wirtschaft und bäuerlicher Praxis. Insbesondere die Verschränkung von Forschung und Entwicklungspolitik ist verbesserungswürdig.

4. Sind die nach der Nahrungsmittelkrise unternommenen Schritte zur Bekämpfung des Hungers in der Welt geeignet und damit die Weichen in die richtige Richtung gestellt?

Ein neuer UNICEF-Bericht listet **208 Maßnahmen in 98 Ländern** auf, die während der ersten Nahrungsmittelkrise unternommen wurden. Viele der Maßnahmen, die auch von der Gebergemeinschaft unterstützt wurden, waren richtig als *ad-hoc*-Maßnahmen (Handels- und Preiskontrollen, Nahrungsmittelhilfe, Düngemittel- und Saatgutprogramme, Schulspeisungen, Ausweitung bestehender Agrarprojekte, etc.). Allerdings bedarf **die langfristige**

Bekämpfung einer wesentlich umfangreicheren, systematischeren und nachhaltigen Förderung (s. Maßnahmenkatalog in Frage 1), auch in Deutschland (s. Antwort auf Frage 23) wobei Empfänger- und Geberländer gleichermaßen in der Pflicht sind, sich langfristig zu verpflichten. Das Comprehensive Africa Agriculture Development Programme (CAADP) der Afrikanischen Union könnte ein Beispiel für solche Verpflichtungen werden.

5. Wie beurteilen Sie die aktuelle Lage auf den Weltgetreidemärkten? Droht eine neue Nahrungsmittelkrise?

Die **Lage ist angespannt**, vor allem in den Hauptexportländern. Noch ist der für die Welternährung besonders wichtige Reispreis kaum betroffen. Wenn die derzeitige Nahrungsmittelpreiskrise bisher zu weniger dramatischen Effekten führt als die erste, liegt das zum einen an gemäßigeren Reaktionen der Staaten im Vergleich zur ersten Krise (s. Antwort auf Frage 2), zum anderen daran, dass diesmal vor allem die großen Exportnationen das Problem sind, während in vielen vulnerablen Ländern die Produktion eher gut ist. Das mag auch daran liegen, dass die Agrarpreise zwischen den Krisen in diesen Ländern nicht eingebrochen sind, so dass Bauern Anreize hatten, die Produktion auszuweiten (s. auch Antwort auf Frage 19). Außerdem scheinen die Getreidelager besser gefüllt zu sein. Bei weiteren Hiobsbotschaften in Ländern mit globaler Bedeutung könnte aber eine neue Nahrungsmittelkrise drohen.

6. Wie hat sich die Ernährungssituation in den Ländern, die 1990 einen Welthungerindex über 20 (gravierender oder ernster Hunger) aufwiesen seither entwickelt, worauf ist eine positive, worauf eine negative Entwicklung zurückzuführen und wie bewerten Sie diesen vom IFPRI (Internationales Forschungsinstitut für Ernährungspolitik) entwickelten Welthungerindex als Maß für die Ernährungssituation in Entwicklungs- und Schwellenländern?

Von den 43 Ländern, für die 1990 der Index schlechter als 20 war, haben sich 5 verschlechtert und 38 verbessert. (s. Tabelle 1). Bei den fünf sich verschlechternden Ländern, Dem. Rep. Kongo, Komoren, Guinea-Bissau, Liberia, und Burundi, dürften interne Krisen und schlechte bzw. nicht vorhandene allgemeine **Governance** (s. auch Antwort auf Frage 9) die Hauptursache für das schlechte Abschneiden sein. Bei der Vielzahl von Ländern mit Verbesserungen des Index wäre eine Verallgemeinerung ohne intensivere Analyse unseriös, zumal der Index aus verschiedenen Komponenten besteht, auf die nicht nur die Ernährung einwirkt, sondern auch **andere Faktoren**, insbesondere Gesundheitsversorgung und Hygiene (s.u.). Es kann aber festgehalten werden, dass in vielen Ländern, die Spitzenreiter bei der Verbesserung des Index sind (vom Verfasser willkürlich festgelegt: Verbesserung um mehr als 20%), eine **agrarorientierte Wachstumsstrategie** eine wichtige Rolle gespielt haben dürfte: in allen diesen Ländern hat das Agrarwachstum das Bevölkerungswachstum übertroffen (s. Tabelle 2). In den meisten dieser Länder war das Gesamt-GDP-Wachstum noch größer, was mit der allgemeinen Beobachtung übereinstimmt, dass im Laufe des volkswirtschaftlichen Wachstums der Anteil des Agrarsektors abnimmt.²

Der **Hungerindex wird insgesamt positiv bewertet**, da er nicht nur statistische, aus makroökonomischen Größen wie Gesamtbedarf und –nachfrage nach Nahrungsmitteln abgeleitete Aussagen zur Nahrungsmittelversorgung macht (FAO-Unterernährungs-Index=1. Komponente des Hungerindex), sondern individuell messbare Indikatoren berücksichtigt. Die Konzentration auf Kinder ist nachvollziehbar, da sie besonders verletzlich sind, allerdings

² Nach Ansicht vieler Wissenschaftler ist es das oft Wachstum des Agrarsektors selber, das durch Multiplikatoreffekte zu einem überproportionalen Wachstum in nicht-landwirtschaftlichen Sektoren führt.

wird neben dem Anteil der Verbreitung von Untergewicht bei Kinder unter 5 Jahren (=2. Komponente) auch die Kindersterblichkeit unter 5 Jahren genutzt (=3. Komponente). Letztere ist zum großen Teil auf perinatale Komplikationen zurückzuführen, dabei spielt der Ernährungszustand eine wichtige, aber nicht die einzige Rolle. Damit wird die Ernährungslage von Kindern auf den Index evtl. über- oder falsch betont.

7. In welchem Umfang tragen Ernte-, Lagerungs- und Transportverluste beim Anbau von Pflanzen für die Lebensmittelproduktion bzw. deren Weiterverarbeitung zum Mangel an Nahrungsmitteln in den Ländern mit einem hohen Welthungerindex bei?

Grundsätzlich können die **Ernte-, Lagerungs- und Transportverluste in Entwicklungsländern sehr hoch** sein, wobei die in Umlauf befindlichen Zahlen (15-50%) teilweise alt und umstritten sind. Ein regionales Projekt für das östliche und südliche Afrika (Post Harvest Losses Information System) nennt für verschiedene Getreidearten in den letzten 6 Jahren 10-20%, ein durchaus realistisch anmutender Wert. Für empfindlichere Produkte, insbesondere schnell verderbliche Frischwaren, dürften die Verluste deutlich höher liegen. Ob Länder mit hohem Welthungerindex tendenziell höhere Verluste haben ist dem Verfasser nicht bekannt. Dies dürfte aber wahrscheinlich sein, da solche Verluste mit typischen Faktoren korrelieren, die für solche Länder charakteristisch sind, wie schlechte Transportwege, schwache Forschung und Beratung, Mangel an Ernteschutzprodukten, Korruption und unsichere Rechtslage im Handel.

8. Welchen Beitrag können Bildung und Ausbildung, insbesondere eine verbesserte fachliche Ausbildung in Bezug auf Anbau und Ernte, sowie die Verarbeitung pflanzlicher und tierischer Produkte zur Verbesserung der Situation der Welternährung leisten?

Der Beitrag von Bildung und Ausbildung im gesamten Nahrungssektor ist **schwierig zu quantifizieren**, zumal Wissen ohne entsprechende technische, finanzielle und organisatorische Kapazitäten nicht umgesetzt werden kann. Dem Verfasser ist keine derartige Studie zur allgemeinen Bedeutung von Bildung und Ausbildung bekannt, in Studien zur Übernahme von Innovationen durch Bauern ist der allgemeine Bildungsstand aber fast immer ein signifikant positiver Faktor. Der Beitrag darf aber **als sehr hoch eingestuft werden**, denn Bildung und Ausbildung - nicht nur von Bauern - sind oft Voraussetzung für Technologienentwicklung, -verbreitung, und -übernahme in der Zusammenarbeit von Forschern, Beratern, Bauern und Vertretern von Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Es gibt vielfältige Anknüpfungspunkte: Schule, Berufsschulen, weiterführende Schulen und Hochschulen, Gewerbe und Handel, Feldtage, Beratungswesen, Radio, Broschüren. Wichtig in Entwicklungsländern ist eine möglichst hohe Kosteneffizienz, insbesondere um Folgekosten niedrig zu halten oder sich selbst finanzierende System zu entwickeln.

9. Sehen Sie eine direkte Verbindung zwischen „Good Governance“ in Entwicklungsländern und positiven Entwicklungen in der Landwirtschaft in diesen Ländern?

Es gibt eine ziemlich eindeutige Verbindung zwischen *Good Governance* und Hunger, wie sie Wirtschaftsnobelpreisträger Amartya Sen herausgearbeitet hat. Allerdings ist in diesem Zusammenhang oft nicht die Produktion, sondern insbesondere der Zugang zu Nahrungsmitteln die wichtigste Stellschraube des Staates, entsprechend der Antwort auf Frage 1, dass dies der wichtigste Faktor für Ernährungssicherung ist. Unzweifelhaft ist aber auch die **Agrarproduktion sehr abhängig von Good Governance**, entsprechend den vielen öffentlichen Leistungen, die damit verbunden sind, den vielen Transaktionen im Rahmen von nationalen, regionalen und internationalen Wertschöpfungsketten, und den vielfältigen Abhängigkeiten von anderen Politikbereichen. Wichtig ist zu notieren, dass allgemeine

wirtschaftliche und politische *Good Governance* keineswegs ausreichend ist für den Agrarsektor – er braucht spezifische Aufmerksamkeit in den spezifischen Bereichen, die für ihn wichtig sind – Landnutzungsplanung und –rechte (s. auch Antwort auf Frage 12), ländliches Genossenschaftswesen, die Regelung spezifischer Dienstleistungen wie Agrarkredite und –beratung, Marktentwicklung, die korrekte Umsetzung von Agrar-, Agrarhandels- und Ernährungssicherungsprogrammen und -politiken, etc.

10. Welche Auswirkungen haben Ihrer Meinung nach die immer noch vorhandenen EU-Agrarexportsubventionen sowie die handelsverzerrenden innereuropäischen Marktstützungen auf die Lebenssituation vieler Menschen in den Entwicklungsländern?

Die EU-Agrarexportsubventionen können mit relativ geringen Mengen auf kleinen Märkten von Entwicklungsländern **großen Schaden anrichten**. Bei dieser Betrachtung darf nicht das kurzfristige Wohl der Konsumenten, sondern müssen die **langfristigen Folgen für die Produzenten im Vordergrund** stehen. Exportsubventionen können lokale Wertschöpfungsketten nachhaltig schädigen. Exportsubventionen gehorchen der Logik des exportierenden Landes und sind daher als Mittel zur Agrarregulierung in reichen Ländern abzulehnen. Eine eventuell notwendige Unterstützung armer Konsumenten muss mit eigenständigen Maßnahmen der Nahrungsmittelhilfe oder der soziale Sicherungssysteme erreicht werden, nur so kann die entwicklungspolitische Orientierung Vorrang erhalten.

Ähnlich, wenn auch nicht so unmittelbar **schädlich sind** nach Meinung des Verfassers **die innereuropäischen Marktstützungen sowie der EU-Agrarprotektionismus** (s. auch Antworten auf Fragen 3 und 19). Das allgemein sehr hohe Stützungs-niveau (Protektion und Subventionen, laut OECD immer noch fast 190 Mrd. Euro in den OECD-Ländern oder 22% des Brutto-Einkommens der Landwirte) verschafft der Landwirtschaft in den reichen Ländern einen unfairen Wettbewerbsvorteil, denn es erhöht den Cashflow, sichert Risiken ab, erleichtert Investitionen, hält viele marginale Standorte in der Produktion, und erlaubt Exporte aus der Deckung abgeschotteter Binnenmärkte, was unfaire Handelsvorteile bedeutet. Damit senkt es tendenziell die Weltagrarpreise und fördert Schwankungen. Die Regeln der WTO sind durch die vielen Ausnahmen, durch Spezialvorschriften, vor allem aber durch die generöse Auslegung der *Green Box* immer weniger in der Lage, hier Abhilfe zu schaffen. Wie schon in der Antwort auf Frage 1 erwähnt, ist eine weltweite Niedrigpreispolitik für Nahrungsmittel nicht die Antwort auf die strukturellen Ernährungsdefizite der Entwicklungsländer, vor allem nicht, wenn sie ein Nebenprodukt der Agrarpolitik reicherer Länder zur Unterstützung ihrer Produzenten und damit nicht am Wohl der wirklich Armen orientiert ist, sondern bestenfalls ein kompromissbelastetes, sekundäres Nebenprodukt, dass schnell auch erheblichen Schaden anrichten kann (s. auch Antwort auf Frage 19). Laut Analyse des Centers for Global Development sind die Agrarstützungen immer noch einer der wichtigsten Gründe für Abzüge der EU-Staaten beim *Commitment for Development Index*. 2009 war das erste Jahr seit 2004, in dem es aus Anlass der Rezession und des Einbruchs der Weltmarktpreise zu einem Anstieg der Agrarstützung (auch zu höheren Exportsubventionen) kam, obwohl das Niedrigpreisniveau vor der Krise gar nicht erreicht wurde. Dies zeigt den „Egoismus des Systems“.

Die EU versucht teilweise, gegenzusteuern, v.a. durch **Präferenzen im Bereich der Handelspolitik, die aber nicht ausreichen** (s. auch Antwort auf Frage 25).

Insgesamt sind nicht nur einzelne Maßnahmen und Wirkungen, sondern das gesamte Erscheinungsbild und die Zielsetzung der EU-Agrarpolitik **nicht entwicklungsfördernd**.

11. Wie kann ein weltweit fairer Zugang zu und eine faire Produktion von Nahrungsmitteln gewährleistet werden, der vor allem den Kleinbauern in den Entwicklungsländern die

Möglichkeit einer profitablen Nahrungsmittelproduktion ermöglicht?

Zugang zu und eine faire Produktion von Nahrungsmitteln entspricht, zusammen mit der Nutzung von Nahrungsmitteln weitgehend der Definition von Ernährungssicherung. Siehe daher zweiter Teil von Antwort auf Frage 1 als adäquate Antwort auf diese Frage, was nötige Maßnahmen in Entwicklungsländern betrifft, und die Antwort auf Frage 10, was die Rolle der EU betrifft.

12. Großflächiger Landkauf und Landpacht in den Entwicklungsländern durch internationale Unternehmen und industrielle Länder sowie Schwellenländer – das so genannte Land Grabbing – hat in den letzten Jahren massiv zugenommen. Welche nationalen und internationalen Regelungen sind Ihrer Meinung notwendig, um negative Auswirkungen für die lokale Bevölkerung zu verhindern?

Unzweifelhaft können große Landakquisitionen sehr großen Schaden anrichten, durch Vertreibung, Verlust von Einkommen, Ressourcendegradation, Verstärkung von lokalen Hungerproblemen, verstärkte Ungleichheiten, Konflikten, Entwicklungsruinen, usw.. Diese Effekte dürfte bisher sogar der häufigste Fall sein, denn offensichtlich gehen häufig die Investoren und die Zielländer nicht sorgfältig genug vor, aus Mangel an Erfahrung, Unkenntnis der Verhältnisse oder fehlender Governance und Rechtssicherheit, aber auch wegen schwieriger Abstimmungsprozesse auf mehreren Ebenen.

Der Verfasser vertritt allerdings die Meinung, dass **große Landakquisitionen potentiell auch durchaus positive Gesamtwirkungen für die ländliche Entwicklung** haben können, weil sie versprechen, über Investitionen, Technologie, Organisation und besseren Marktzugang einen erheblich über dem aktuell erwirtschafteten Mehrwert aus dem Land erwirtschaften zu können. Obwohl Kleinbauernentwicklung sozial, politisch und oft auch ökonomisch allgemein eine Agrarordnung verspricht, die weniger unmittelbare Probleme macht, oft sogar der großflächigen Landwirtschaft überlegen ist, gibt es durchaus Subsektoren und Regionen, für die große Strukturen besser geeignet sind: bei hohen Investitionen in festes Kapital, hohe Verderblichkeit der Ware, feste und große Lieferbindungen, Spezialanforderungen an Standards, die auf den Spotmärkten nicht zu haben sind, hohe Transaktionskosten. Andererseits sind die Grenzen für Kleinbauernentwicklung nicht zu übersehen, sie schafft für viele Haushalte und vor allem junge Menschen keine langfristige Perspektive auf dauerhaften Ausstieg aus der Armut, insbesondere nicht in strukturschwachen Regionen. Die erwähnten Subsektoren nicht zu bedienen könnte also bedeuten, große Entwicklungschancen zu vergeben, zumal Kleinbauern nicht unbedingt langfristige Perspektiven der Überwindung von Armut garantieren (s. auch Antwort auf Frage 18).

Internationale Leitlinien, wie sie die FAO und andere internationale Organisationen entwickeln (s. Antwort auf Frage 13), sind sicher eine **wichtige Maßnahme**, um verantwortungsvollen Umgang mit großen Landinvestitionen zu erreichen. Sie müssen partizipativ erfolgen, unter Einschluss von Regierungen und Beteiligung der Betroffenen, die schwächeren unter ihnen müssen speziell dafür unterstützt werden. Allerdings ist Regulierung von Landbesitz und -nutzung eine der zentralen Obliegenheiten souveräner Staaten, **auf der nationalen Ebene muss das Hauptgewicht der Umsetzung des Kodex und der Unterstützung** liegen. Westliche Industrieländer können zusätzlich Druck auf ihre nationalen und auf weltweit agierende Investoren machen, allerdings sind die meisten Akteure des so genannten *land grabbings* Investoren aus Entwicklungs- und Schwellenländern. Vernachlässigt wird bisher, dass Landakquisitionen nationaler Investoren ebenfalls schädlich sein können. Sehr erschwerend kommt hinzu, dass billiges Land vor allem noch in armen, oft sehr schlecht regierten Ländern zu finden ist – allein Subsahara Afrika beherbergt fast 50% des noch deutlich untergenutzten Landes. Es gibt sogar Theorien, die einen Zusammenhang

herstellen zwischen untergenutzten Flächen und der Abwesenheit des Staates, für den es sich einfach nicht lohnt, dort präsent zu sein, wo es kaum Wertschöpfung gibt. Zumindest in den peripheren Regionen flächenreicher Entwicklungsländer dürfte *Good Governance* tendenziell gering sein.

Aus dem Primat der nationalen Politik, bei gleichzeitig weitgehender Abwesenheit von *Good Governance* in den Ländern, die für Landakquisitionen besonders geeignet sind, ergibt sich, dass vor allem die **betroffenen ländlichen Gemeinden gestärkt** werden müssen im Umgang mit Landinvestoren und der Staatsgewalt. Allerdings ist die ländliche Bevölkerung nicht uniform, es gibt fast immer direkte Gewinner und Verlierer solcher Investitionen, sowohl bei Eliten wie den verschiedenen Basisgruppen wie Bauern, Viehaltern, Landlosen, Jugendlichen, Frauen, ethnische Minderheiten etc.. Konflikte gibt es daher fast immer um große Landakquisitionen. Die Frage ist, ob der Mehrwert dazu genutzt werden kann, gerechten Ausgleich zu schaffen, und dies so transparent und abgesichert geschehen kann, dass die Risiken für alle Beteiligten akzeptabel sind. Leider sind oft weder lokale Eliten noch externe Unterstützer und Gegner in diesen Auseinandersetzungen neutral entwicklungsorientiert, sondern eigennützig oder dogmatisch. Es müssen also **neue Strukturen und Prozesse** geschaffen werden, die solche Verhandlungen im Sinne einer Maximierung des Nutzens für die ländliche Entwicklung tragen: transparent, fair, gute informiert, partizipativ, Minderheiten berücksichtigend, rechtlich gesichert, auf Nachhaltigkeit bedacht, mit tragfähigen Streitschlichtungsmechanismen, am Besten mit Beteiligung der betroffenen Bevölkerung an den Investitionen. Neben einem Kodex und Leitlinien müssen vor allem diese Kapazitäten geschaffen werden.

13. Wie beurteilen Sie die Bemühungen der FAO im Allgemeinen und des bei den Rom-Organisationen angesiedelten neuen CFS im Speziellen, freiwillige Leitlinien zum Zugang zu Land zu erarbeiten und damit das unkontrollierte so genannte „land grabbing“ (Aufkauf von riesigen Landflächen in Entwicklungsländern durch ausländische Großinvestoren) einzudämmen?

Die **Bemühungen zu Leitlinien** sind sicherlich **richtig**, auch wenn sie sicher nicht ausreichen werden (s. Antwort auf Frage 12). **Wichtig ist**, dass sie in einem **partizipativen Prozess** erarbeitet werden, an dem die entscheidenden *stakeholder* teilnehmen (Investoren, investierende Länder, Zielländer, Zivilgesellschaftliche Gruppen, Bauernvertreter, Vertreter ländlicher Gemeinden, usw.). Wichtig wäre aber insbesondere auch eine kontinuierliche Arbeit am Thema, um nationale und internationale Foren zu schaffen, auf denen solche Leitlinien fortentwickelt und vor allem Streitigkeiten ausgetragen werden können (Schlichtungsstellen). Bei anhaltend hohen Agrarpreisen und den massiven wirtschaftlichen und sozialen Interessen, die hinter dem „land grabbing“ stehen, wird diese Thematik die Welt noch lange begleiten und nicht mit dem einmaligen Festlegen von Leitlinien beigelegt werden können. Schließlich wird das Thema „land grabbing“ wahrscheinlich in Zukunft auch durch den Kohlenstoffhandel und das Interesse an Kohlenstoffsinken (in Form von Wäldern) an Bedeutung gewinnen, wenn Konflikte von Klimaschutz gegen Wald- und Landnutzung stehen. Andererseits entstehen dadurch neue Einkommenschancen für die Landnutzung.

14. Welche Bedeutung hat die Erhöhung der Effizienz der landwirtschaftlichen Produktion durch Nutzung verbesserter Pflanzensorten, moderner Technik sowie Dünge- und Schädlingsbekämpfungsmethoden für die Welternährung?

Technologischer Fortschritt war schon immer der wesentliche Motor für die landwirtschaftliche Entwicklung. Bei Verknappung von Flächen, Wasser, und Phosphat sowie höherer Umweltsensibilität (s. Antwort auf Frage 1) wird dies für die Zukunft noch

wichtiger. Da gleichzeitig auch fossile Energie, in den letzten 150 Jahren ein wesentlicher Motor der landwirtschaftlichen Intensivierung, knapper, teurer und vor allem aus Klimaschutzgründen zu vermeiden ist, findet die notwendige Intensivierung unter verschärften Bedingungen statt. Sie muss daher **biologische, technische und organisatorische Innovationen** umso stärker nutzen. Es gibt keinen anderen Weg, es sei denn über eine Reduzierung des Konsums, insbesondere von tierischen Produkten und Biokraftstoffen. Erstere Möglichkeit kann nicht ausgeschlossen werden, steht aber als freiwillige Option hauptsächlich für „nur“ 500 Millionen Konsumenten der reichen Industrieländer zur Verfügung. Durch eine Verteuerung der Nahrung wird sie allerdings evtl. „automatisch“ auch auf weitere Konsumenten in Entwicklungs- und Schwellenländer ausgedehnt werden. Für die Ärmsten 2-3 Milliarden Menschen ist dies keine Option, dort muss Konsumsteigerung, vor allem hinsichtlich Nahrungsqualität, das wichtigste Ziel bleiben, und damit der Maßnahmenkatalog in der Antwort auf Frage 1). Für die 2. Option (Reduzierung von Biokraftstoffen) s. Antwort auf Frage 16.

15. Welche Möglichkeiten sehen Sie in der modernen Pflanzenzüchtung einschließlich der Nutzung biotechnologischer Methoden durch Anpassung der Kulturpflanzen an den Klimawandel dem Verlust von Ackerfläche entgegenzuwirken, um die Ernährungssituation in diesen Ländern zu verbessern sowie die Verbesserung der Eigenschaften der Kulturpflanzen für die Ernährung (Goldener Reis), um den so genannten stillen Hunger zu lindern?

Moderne Pflanzenzüchtung ist sicher eine der wichtigsten Maßnahmen, um die Wirkungen des Klimawandels auf die Landwirtschaft aufzufangen. Aufgrund der wahrscheinlich überall auf der Welt entstehenden Situation, dass sowohl traditionelle als auch moderne Arten und Sorten nicht mehr (optimal) an den aktuellen Standort angepasst sein werden, sowie durch veränderten Krankheits- und Schädlingsdruck, entsteht ein gigantischer Bedarf an Anpassungszüchtung. Ohne moderne biotechnische Methoden wird dies kaum zu bewältigen sein. Viel mehr als in der Vergangenheit muss auf regionale Kooperation Wert gelegt werden, um Erfahrungen aus benachbarten, sich verlagernden Klimazonen zu berücksichtigen.

Gerade in Entwicklungsländern muss aber darauf geachtet werden, dass die Bauern auch Zugang zu den neuen Züchtungsergebnissen haben, dass sie aber andererseits auch durch ihre traditionellen Sorten einen großen Anteil zur genetischen Vielfalt der Nutzpflanzen (und –tiere) beitragen. Angesichts der großen Armut unter den Kleinbauern muss hier eine sehr sorgfältige Abwägung erfolgen zwischen den Erwerbszielen der privaten Züchter und ihren Möglichkeiten und Grenzen, verbesserte Sorten zu übernehmen. Dabei gibt es auch große Unterschiede zwischen einzelnen Kulturarten, je nach Vermarktungsgrad, Marktgröße, Replizierbarkeit von Sorten usw. Die Balance zwischen Staat, Privatsektor und Bauern muss also sehr differenziert ausfallen. Zu betonen bleibt, dass Pflanzenzüchtung gerade in Entwicklungsländern alleine nicht ausreicht, sondern dass **außerdem** fast immer mehrere **andere Elemente** aus dem Maßnahmenkatalog in der Antwort auf Frage 1) hinzukommen müssen, wie integrierte Betriebssystem-Entwicklung, Marktentwicklung, Technologie- und Bewässerungsfortschritte, Preisanreize, etc..

Da die lokale Produktion ein äußerst wichtiger Baustein der Ernährungssicherheit in den meisten Ländern und Regionen sein wird (s. Antwort auf Frage 1), ist mit der obigen Antwort auf die Bedeutung der modernen Pflanzenzüchtung für die Anpassung an den Klimawandel auch implizit die Frage nach ihrer Bedeutung für die (zukünftige) Ernährungssicherung beantwortet: Sie muss eine sehr wichtige Rolle spielen.

Die Rolle der modernen **Pflanzenzüchtung zur Verbesserung der Eigenschaften der Kulturpflanzen** für die Ernährung schätzt der Verfasser **nicht so bedeutend** ein. In

Einzelfällen mag es durchaus sehr sinnvoll sein, auf diese Weise die Ernährung von sehr vielen armen Konsumenten zu verbessern, Goldener Reis ist dafür wahrscheinlich ein gutes Beispiel. Aber das Angebot an vielseitigen Nahrungsmitteln, Einkommensverbesserungen und Ernährungsberatung werden für die Ernährungsverbesserung die wichtigeren Faktoren bleiben.

Zu den technischen Möglichkeiten kann sich der Verfasser nicht kompetent äußern.

16. Welchen Einfluss hat die Flächenkonkurrenz zwischen dem Anbau von Pflanzen zur Energieproduktion (Strom, Kraftstoffe) und dem von Pflanzen zur Lebens- und Futtermittelproduktion auf die Situation der Welternährung?

Der Einfluss ist heftig umstritten, nach **Ansicht des Verfassers** dürfte er **bisher eher gering** sein. Insgesamt wurden laut FAO 2009/2010 ca. 6% der weltweiten Getreideernte für Bioethanol genutzt (davon 97% für Mais in den USA), gegenüber 47 % für Nahrung, 35 % für Futtermittel und 12% für Sonstiges inklusive Verluste. Für Bioethanol aus Zucker wurden 2007 etwa 12% der weltweiten Zuckerrohrernte verwandt (v.a. Brasilien), für Biodiesel aus verschiedenen Öl- und Ölsaatenpflanzen 7 % der weltweit produzierten Pflanzenölmenge. Die Weltbank rechnet für das Krisenjahr 2008 mit einem kombinierten Anteil der Getreide- und Ölsaatenfläche für Biokraftstoffe von 1,5% an der entsprechenden Gesamtfläche. Bei dieser summarischen Betrachtung bleibt unberücksichtigt, dass ein Teil der Produktion von Grundstoffen für die Biokraftstoffproduktion ohne diese Nachfrage gar nicht entstanden wäre (Produktionsausdehnungen), und dass Reststoffe für die Tierproduktion anfallen. Allerdings ist auch anzumerken, dass nur ein kleiner Teil der gesamten Agrarproduktion über Märkte erfasst wird, so dass die Preiswirkungen von Biokraftstoffen größer sind als ihre Flächenteile.

Wenn allerdings alle (meist politisch motivierten) Pläne zum Ausbau von Biokraftstoffen realisiert werden, könnte der Einfluss in Zukunft größer sein. Die meisten in einer Weltbankstudie ausgewerteten Simulationen kommen auf Weltmarktpreisänderungen in der Größenordnung von 5-15%, falls alle Mandate erfüllt werden, gegenüber einem Status quo von 2007.

Eine ganz andere **Frage** ist, **ob die Biokraftstoffproduktion in Industrieländern wirtschaftlich, umwelt- und klimapolitisch sinnvoll** ist. Dies darf häufig **bezweifelt** werden.

Noch eine andere Frage ist, ob nicht die **Produktion von Biokraftstoffen in klimatisch begünstigten Entwicklungsländern eine sinnvolle Alternative** darstellen könnte. In vielen Fällen dürfte dies zumindest für die lokale Energieproduktion stimmen, in manchen Fällen auch für die nationale Versorgung und sogar für den internationalen Markt. Natürlich muss die Sicherstellung der Ernährung Vorrang haben. dies muss individuell geprüft werden. Wie aber auch der Anbau anderer Verkaufskulturen wie Baumwolle, Tee, Kaffee oder Schnittblumen zeigt, schließen sich Produktion für den Export und Ernährungssicherung keinesfalls gegenseitig aus, sondern ergänzen sich im Gegenteil häufig.

17. Welche Bedeutung hat die Europäische Landwirtschaft für den weltweiten Kampf gegen Hunger und Mangelernährung und sehen Sie einen Zusammenhang zwischen der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU und der Ernährungssituation in den Ländern mit einem Welthungerindex über 20; falls ja: was sollte bei der anstehenden Reform der GAP beachtet werden?

(siehe dazu Antworten auf Fragen 10 und 25).

18. *Wie könnte ein an den Bedürfnissen der Klein- und Kleinstbauern in den Entwicklungsländern ausgerichtetes Konzept standortgerechter Landwirtschaft aussehen, das unter Berücksichtigung von ökologischen und sozialen Kriterien, die Nahrungsmittelversorgung und die Einkommen der Landwirte vor Ort langfristig sichert?*

Kleinbauern werden ohne Zweifel auch in mehreren Jahrzehnten noch den Hauptanteil der Agrarproduktion in vielen Entwicklungsländern bestreiten (siehe dazu Antwort auf Frage 12). Es lohnt sich allerdings zu **nuancieren**: Als Kleinbauern werden oft solche Landwirte bezeichnet, die weniger als 2 ha bewirtschaften. Eine Einkommensgrenze wäre sinnvoller, denn die Ertragskraft und das Einkommenspotential von Land ist extrem abhängig von ökologischen und anderen Standort-Faktoren - an ungünstigen Standorten reichen auch mehrere hundert Hektar nicht zum Überleben als Viehhalter.

In wieweit Kleinbauern **in Zukunft** weiterhin ihr Land bewirtschaften, und wie sie dies tun, **hängt** nicht nur von **Agrarproduktion und -einkommen** ab, sondern auch von den **außerlandwirtschaftlichen Alternativen**. Aufgrund der derzeitigen Bevölkerungsentwicklung und Migrationsströme rechnet das IFAD (International Fund for Agricultural Development) damit, dass die Anzahl der ländlichen Bevölkerung weltweit zwischen 2020 und 2025 ihren Höhepunkt erreicht haben wird und danach wieder zurückgeht (in Subsahara Afrika etwa ab 2045).

Hinter dieser Entwicklung steht die Tatsache, dass in praktisch allen Entwicklungsländern ein starker **Migrationsdruck Richtung urbaner Räume** besteht. In Ländern mit starker wirtschaftlicher Dynamik wird dies hauptsächlich durch den Sog der besseren Einkommensmöglichkeiten, Lebens- und Zukunftsperspektiven in den urbanen Zentren bestimmt, aber selbst in Ländern mit wenig außerlandwirtschaftlicher Dynamik wandert vor allem die Jugend ab. Teilweise ist dies zu erklären durch einen „*urban bias*“ der Politik, der den ländlichen Raum und die Agrarwirtschaft über Gebühr vernachlässigt. Aber zum größeren Teil stehen hinter dieser Migration mächtige Motive und Trends, die kaum umzukehren sind: Kleinbauern-Landwirtschaft bietet zu wenig Entwicklungsperspektiven, die landwirtschaftliche Arbeit ist extrem hart, die Verletzlichkeit der landwirtschaftlichen Produktion und des Lebens davon ist groß, Akkumulationsmöglichkeiten (und damit Sicherheit, Prestige usw.) sind gering. Außerdem ist der ländliche Raum oft weniger attraktiv in Bezug auf Ausbildung, Gesundheitsfürsorge, Jobsuche, Mobilität, Freizeitgestaltung und freie Entfaltung jenseits traditioneller sozialer und kultureller Einschränkungen - diese Nachteile können politisch mit begrenzten Mitteln nur teilweise aufgehoben werden. Dies heißt nicht, dass keine Maßnahmen zur Attraktivität des ländlichen Raums und der Landwirtschaft greifen, es warnt aber vor der Hoffnung, damit die Abwanderung gänzlich stoppen zu können.

Mit einer vom Trend, wenn auch nicht von den Ausmaßen her unvermeidlichen Migration ist daher ein **Strukturwandel hin zu größeren Einheiten** (immer noch Kleinbauern) in den meisten Fällen wohl **unvermeidlich**, verstärkt dort, wo außerlandwirtschaftliche Einkommens- und Lebensmöglichkeiten sich dynamisch entwickeln. Je höher Bildungsniveau und die Ansprüche, desto stärker wird der Trend heraus aus der Landwirtschaft. Dies ist die historische Erfahrung aus den Industrie- und Schwellenländern, und es gibt keinen Grund daran zu zweifeln, dass es auch in den heutigen armen Ländern so kommt, selbst wenn die Rahmenbedingungen für den ländlichen Raum und die Landwirtschaft deutlich verbessert würden. Diese Grundperspektive muss am Anfang der Entwicklung von Zukunftsperspektiven für den ländlichen Raum und die Landwirtschaft in Entwicklungsländern stehen.

Damit ergibt sich als **Konzept standortgerechter Landwirtschaft für die langfristige Sicherung von Ernährungssicherung und Einkommen von Kleinbauern** folgendes grobe

Bild: Die Basis für die mittelfristige Sicherung der Grundbedürfnisse der meisten ländlichen Haushalte wird in vielen Entwicklungsländern nach wie vor die Landwirtschaft sein, oft selbst noch für Haushalte, die schon teilweise oder ganz migriert sind. Für die meisten Haushalte sichert die Subsistenz- und teilweise Marktproduktion den Übergang in eine nicht-landwirtschaftliche Existenz ab, was bei den prekären Bedingungen vieler Entwicklungsländer und einzelner Haushalte eine sinnvolle Strategie ist. Ein Problem dieser Übergangsstrategie ist, dass oft nicht genügend in die Nachhaltigkeit der Produktion investiert wird, weil sie nur als Übergangs- und Notlösung gesehen wird. (Es gibt allerdings auch Fälle, wo im Gegenteil ein Teil des außerlandwirtschaftlichen Einkommens in die Landwirtschaft investiert wird, solange dort Potential gesehen wird und die nicht-landwirtschaftliche Basis als unsicher angesehen wird, s. unten). Dieser Übergang daher sollte durch die Schaffung von sozialen Sicherungssystemen unterstützt werden, nicht nur aus sozialen Gründen und weil die Kleinstlandwirtschaft allein meist nicht ausreicht, um ein akzeptables Wohlstandsniveau zu halten, sondern auch um den Strukturwandel in der Landwirtschaft zu ermöglichen, indem die abwandernden Haushalte ihr Land mittelfristig verpachten oder verkaufen können, ohne Sorge um das Überleben haben zu müssen.

Einige **Betriebe**, die jetzt schon **größer** sind **als der Durchschnitt**, werden wachsen können. Für eine große Zahl von mittleren Betrieben steht wohl noch nicht fest, in welche Richtung sie sich entwickeln werden. Falls sie nicht wachsen können, werden selbst die dynamischeren Betriebsleiter und Nachfolger unter ihnen die Abwanderung bevorzugen, falls sich die Gelegenheit ergibt.

Für die Förderung der Landwirtschaft hat diese Situation mehrere Konsequenzen:

- Viele **Kleinstlandwirte**, die ihre Zukunft nicht mehr in der Landwirtschaft sehen, benötigen Optionen, mit relativ wenig externen Betriebsmitteln die Produktion aufrecht zu erhalten. Sie können evtl. noch vermehrt Familienarbeitskraft in die Produktion stecken, aber oft sind auch die Teile der Arbeitskraft (junge Männer und vermehrt Frauen) schon abgewandert und stehen nur noch punktuell zur Verfügung. Die Technologien und Betriebskonzepte, die unterstützt werden sollten, müssen vor allem **extensive, auf Absicherung und relativ geringe Arbeitsanforderungen** ausgelegt sein, die mit den außerlandwirtschaftlichen Gegebenheiten kompatibel ist.
- Die Produktionsrichtung und damit der Unterstützungsbedarf für die **größeren, zukunftsfähigen Betriebe** ergibt sich aus Standort-, aber vor allem aus Markt-Faktoren. Diese Betriebe brauchen für ihr Wachstum **Kapital, Wissen und Technologie**, zudem viele Arbeitskräfte, solange Arbeit günstiger ist als Mechanisierung, was in vielen Entwicklungsländern (noch) der Fall ist. Damit kann auch für die erste Kategorie von Haushalten ein längerer Übergangspuffer für Arbeitsplätze entstehen, zumal sich so die Aufgabe der eigenen Betriebe hinauszögern lässt.
- Für die **mittleren Betriebe** ist es wichtig, **Entfaltungsmöglichkeiten** zu entdecken. Dazu kann einmal die Intensivierung auf der bestehenden Fläche genutzt werden. Zum anderen aber muss Land aus den Betrieben der ersten Kategorie frei werden. Dazu müssen zusätzlich zur sozialen Sicherung bessere Landrechte entwickelt sowie Land- und Pachtmärkte geschaffen und stabilisiert werden.
- Es gibt nach Ansicht des Verfassers einen **gewissen Platz** auch in armen Entwicklungsländern **für sehr große Betriebe (Plantagen)** (s. Antwort auf Frage 12).

Wie die **Art der Landwirtschaft in Entwicklungsländern** über diese Größenklassifizierung aussehen sollte, und welche wie gefördert werden sollte, ist pauschal kaum zu beantworten. Unter Berücksichtigung der in Antwort auf Frage 1 genannten Zukunftstrends ist es notwendig, dass die Landwirtschaft insgesamt **weniger fossile Energie** verbraucht und

wissensintensiver wird, besonders was biologischen und anbautechnischen Fortschritt betrifft. Damit muss sich die Landwirtschaft stärker ökologisieren, allerdings ist ein **völliger Verzicht auf externe Inputs** (bspw. Phosphor, Kali) **weder absehbar noch ökonomisch** (und sogar ökologisch) durchweg sinnvoll. Eine Förderung der **Regionalisierung** des Sektors aus Klimaschutzgründen, wie derzeit oft gefordert, ist nicht zu rechtfertigen: Der Transport stellt zwar einen nicht zu vernachlässigenden Anteil am Energieverbrauch des Agrar- und Ernährungssektors dar (laut des in Frage 24 angesprochenen Berichtes *The Future of Food and Farming* geschätzt auf 15% im Falle des handelsabhängigen Großbritanniens), aber die Emissionen aus der Produktion sind mit über 50% deutlich höher. Auch andere Studien (bspw. Schnittblumen, Biokraftstoffe) verweisen darauf, dass ein langer und aufwändiger Transport nicht entscheidend ist für die Klimabilanz der Konsums von Agrarprodukten. Es ist vielmehr vor allem die Produktivität - und die spricht oft für einen tropischen Standort.

Ob der **externe** (im Prinzip auch endliche) **Betriebsmitteleinsatz** neben der Energieintensität noch weitere Einschränkungen braucht, wird vor allem von den Kosten, den Märkten und Preisen und der gesellschaftlichen Akzeptanz (lokal und global, vor allem bei den Abnehmern) abhängen und nicht einheitlich zu regeln sein. Grundsätzlich ist der Verfasser der Auffassung, dass für die Erhaltung der Ernährungssicherung externe Betriebsmittel eher gerechtfertigt sind als in (fast) jedem anderen Sektor.

Neben den agrarwirtschaftlichen müssen auch **andere Anreize im ländlichen Raum** geschaffen werden (Ausbildung, Gesundheitsfürsorge, Jobsuche, Mobilität, Freizeitgestaltung, etc.), um allen Kategorien von Haushalten ein besseres Umfeld zu bieten und nicht die Migration durch Verelendung des ländlichen Raums künstlich zu beschleunigen. Es müssen vor allem stabile **außerlandwirtschaftliche Arbeitsplätze** geschaffen werden. Viele dieser Menschen werden wohl in die boomenden Megastädte wandern, obwohl eine Dezentralisierung in Unterzentren politisch und sozial wahrscheinlich besser zu verkräften wäre – Regierungen in Entwicklungsländern können diese Trends allerdings nur bedingt steuern.

19. Wie beurteilen Sie die Folgen des Anstiegs der Weltpreis der Agrarpreise sowie der mangelnden Effizienz im Umgang mit Agrarprodukten (Vor- und Nachernteverluste, Lebensmittelverschwendung, Fleischkonsum und den damit verbundenen Flächen- und Ressourcenverbrauch) für die Umsetzung des Rechts auf Nahrung und die bäuerliche Landwirtschaft weltweit unter Berücksichtigung geeigneter Konsequenzen für die Agrarpolitik?

Zu den Ursachen der Nahrungsmittelkrisen s. Antwort auf Frage 2. Als **Folgen der hohen Preise** stehen derzeit der **Anstieg der Zahl hungernder Menschen** sowie **politische Unruhen** im Zentrum der Debatte. Die erste Krise soll zu einem Anstieg der unterernährten Menschen um 125 Millionen Menschen auf mehr als 1 Milliarde geführt haben. In fast 60 Ländern brachen Unruhen aus. In der Folge haben viele Länder und Investoren begonnen, in großem Stil Land in Entwicklungsländern zu akquirieren (sogenanntes land grabbing), was seinerseits zu lokalen Konflikten führt. Die hohen Nahrungsmittelpreise der aktuellen Krise haben nach Ansicht von Beobachtern in vielen Ländern des Nahen Ostens, die besonders stark von Nahrungsmittelimporten abhängen, zum breiten Unmut in der Bevölkerung beigetragen und damit einen Beitrag zu den politischen Umwälzungen in dieser Weltregion geleistet.

Ein Aspekt hoher Nahrungsmittelpreise, der bisher nicht ausreichend gewürdigt wird, ist ihr **positiver Beitrag zur Entwicklung der Landwirtschaft in Entwicklungsländern und damit zur Bekämpfung von ländlicher Armut**. Dazu muss man zunächst wissen, dass die Zahlen über einen Anstieg der Zahl der Hungernden zunächst statistische Projektionen sind.

Sie kommen dadurch zu Stande, dass unterstellt wird, die Weltmarktpreisänderungen würden in vollem Umfang auf die lokalen Märkte durchschlagen und Haushalte bei Verkauf (Wirkung auf Einkommen) und Zukauf (Wirkung auf Ausgaben) der entsprechenden Produkte so betreffen, als wenn sich sonst nichts ändern würde (der bekannte ceteris paribus-Ansatz der Ökonomie). Diese Sichtweise ist zwar für eine kurzfristige Analyse plötzlicher Preissteigerungen akzeptabel: Städtische Haushalte betreiben kaum Lagerhaltung und sind unmittelbar betroffen. Bäuerliche Haushalte lagern einen Teil ihrer landwirtschaftlichen Produktion; aber die Bauern können nicht voraussehen, dass die Preise (derart) steigen, und werden daher nicht mehr produzieren und nur wenige werden Verkäufe zurückhalten. Sie profitieren daher kaum, und viele kaufen sogar einen Teil ihrer Nahrungsmittel zu.

Für eine entwicklungspolitische Betrachtung ist die beschriebene kurzfristige Sichtweise aber ungenügend, vielmehr regen höhere Agrarpreise längerfristig oft einen positiven Entwicklungskreislauf an: Landwirte investieren in die Ausweitung der Produktion. Sie brauchen dafür Produktionsmittel wie Dünger, in den meisten Entwicklungsländern aber insbesondere Arbeitskräfte von landlosen oder landarmen Haushalten. Diese sind neben knappem Land das wichtigste Produktionsmittel in einer allenfalls teilmechanisierten Landwirtschaft. Diese theoretischen Zusammenhänge sind auch in der Praxis zu belegen. So stieg nach der ersten Nahrungsmittelpreiskrise die Produktion der wichtigsten Grundnahrungsmittel in den meisten Entwicklungsländern deutlich an, oft um mehr als 10 Prozent. Höhere Preise und höhere Produktion ergeben höhere Einkommen für die Bauern. Zusammen mit der höheren landwirtschaftlichen Lohnsumme (und langfristig auch steigenden Löhnen) sowie der Anregung der dem Agrarsektor vor- und nachgelagerten Bereiche (Produktionsmittel, Kredite, Handel, Verarbeitung) sorgen sie für mehr Kaufkraft im ländlichen Raum. Diese kommt hauptsächlich inländischen, oft lokalen Gütern und Dienstleistungen (bzw. denjenigen, die diese bereitstellen) zugute. Damit kommt ein positiver Kreislauf von ländlicher Entwicklung in Gang, der hochgradig armutsmindernd ist.

Diese langfristige Perspektive ist der Kern der jahrzehntelangen Forderung von Ökonomen und Entwicklungspolitikern nach Reduzierung der horrenden staatlichen Unterstützung der Landwirtschaft in den Industrieländern, die die Agrarpreise auf den Weltmärkten senkt. Im Laufe der letzten Jahre hat sich insbesondere durch das Regelwerk der Welthandelsorganisation (WTO) zwar nicht die absolute, aber wenigstens die relative Höhe der Agrarstützungen stetig verringert.

Eine Niedrigpreispolitik für Nahrungsmittel ist kein Allheilmittel für Armut und Unterernährung – im Gegenteil. Während die Nahrungsmittelpreiskrise eventuell zusätzliche 125 Millionen Menschen kurzfristig in den Hunger trieb, litten die zwei Drittel der 850 Millionen Hungernden, die Kleinbauern und Viehhalter sind, bereits vor der Krise unter den Niedrigpreisen. Auch deshalb kaufen sie heute teilweise Nahrung zu. Die Produktivkraft der ländlichen Bevölkerung in den Entwicklungsländern sollte die erste Wahl für eine kohärente Agrar- und Entwicklungspolitik sein, wenn es um die Bekämpfung des Hungers in der Welt geht. Dafür sind mäßig höhere Agrarpreise ein wichtiges Instrument. Negative Auswirkungen auf arme Konsumenten müssen durch soziale Sicherung aufgefangen werden. Schädlich sind die starken Preisschwankungen, nach oben wie nach unten, denn sie lassen keine solide Investitionsplanung zu. Dies sollte einer der Schwerpunkte weltweiter Ernährungssicherungspolitik sein.

Mit der **Überbetonung niedriger Agrarpreise** als Königsweg zu weniger Hunger besteht auch das Risiko, dass sich der Druck für weitere Agrarreformen in den Industrieländern vermindert. Dabei sind die Entwicklungsländer durchaus in der Lage, dies selber zu tun, wenn man sie denn läßt und unterstützt (s. auch Antwort auf Fragen 10, 17 und 23).

20. *Hat die Spekulation an den Warenterminmärkten Auswirkungen auf die Preisentwicklung auf den Spotmärkten?*

Der Einfluss ist heftig umstritten, nach Ansicht des Verfassers dürfte er **bisher eher gering** sein. Die deutlich erhöhten Aktivitäten an den Warenterminmärkten haben sicherlich die Preiserwartungen auf den Spotmärkten angefeuert und tragen mit zur **Volatilität** der Agrarpreise bei. Aber letztlich sind die Fundamentaldaten auf den Nahrungsmärkten und andere Faktoren wie Ölpreis und Lagerengpässe (s. Antwort auf Frage 19) genug Grund für stärkere Spekulation, auch ohne dass die Warenterminmärkte als Grund nötig wären.

21. *Die in diesem Frühjahr enorm steigenden Preise für Grundnahrungsmittel wie Reis, Weizen oder Mais führen zu Hunger und Armut in vielen Entwicklungsländern. Wie können Ihrer Meinung nach die Ursachen durch entsprechende Regelungen national und/oder international dauerhaft beseitigt werden?*

s. Antwort auf Fragen 1 und 19.

22. *Wie beurteilen Sie die Schlussfolgerungen des UN-Weltagrарberichts IASSTD, der nicht in einer zunehmenden Intensivierung, insbesondere der Ausrichtung auf Agro-Gentechnik, sondern in der Umsetzung einer nachhaltigen und kleinbäuerlich orientierten Landwirtschaft die Lösung der Welternährungskrise sieht?*

Der UN-Weltagrарberichts legt sich in der Ausrichtung der zukünftigen Landwirtschaft *de facto* nicht so stark fest, wie es in der Öffentlichkeit teilweise den Eindruck macht. Er betont zwar die **Notwendigkeit einer stärkeren ökologischen bzw. multi-funktionalen Ausrichtung der Landwirtschaft und die Rolle von Kleinbauern, schließt aber umstrittene Elemente wie externe Inputs, Biokraftstoffproduktion³, mittlere und Großbetriebe oder Agro-Gentechnik nicht prinzipiell aus**. Er mahnt, oft zu recht, umfassendere Bewertungskriterien und kritischere Bestandsaufnahmen an als bisher, fordert aber allgemein **massive Investitionen in Wissen, Wissenschaft und Technologie in der Landwirtschaft**. Insgesamt mag der Bericht eine gewisse Tendenz haben, bspw. die Möglichkeiten der ökologischen und kleinbäuerlichen Landwirtschaft weniger kritisch zu hinterfragen als andere Optionen, und evtl. die Rolle von Wissen, Wissenschaft und Technologie gegenüber anderen Steuerungselementen (s. Maßnahmenkatalog in Antwort auf Frage 1) überbetonen, dennoch dürften die meisten Aussagen **grundsätzlich unter Agrarforschern konsensfähig** sein. Für die öffentliche Auslegung des Berichtes mag das nicht immer gelten.

23. *Wie bewerten Sie die Anstrengungen der Bundesregierung in der Hungerbekämpfung seit der Nahrungsmittelkrise?*

Erste Anstrengungen sind gemacht worden, insbesondere die Ausweitung der Mittelallokation für ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Ernährungssicherung von 2010 bis 2012 um insgesamt 2,1 Milliarden Euro in der Entwicklungszusammenarbeit (EZ). Allerdings sind **noch deutliche Verbesserungen notwendig, was sowohl Höhe und vor allem die Stetigkeit der Ausgaben betrifft und die präzisere Unterscheidung von Förderung der Landwirtschaft und des ländlichen Raumes**. Die Förderung des ländlichen Raumes müsste zu einem Querschnittsschwerpunkt der deutschen EZ werden, wo die Mehrheit der 11 Förderbereiche Anstrengungen machen müssen. Ernährungssicherung und Agrarwirtschaft brauchen eine eigenständig formulierte Richtlinie, sie müssten wieder den Stellenwert

³ Hier ist der Bericht am kritischsten, wahrscheinlich unter dem Eindruck der damaligen Erkenntnisse aus der ersten Nahrungsmittelpreis-Krise).

früherer Jahre erreichen, um wirklich von einer adäquaten Reaktion auf die neuen Herausforderungen in der Hungerbekämpfung und von einer klaren Trendwende der Bundesregierung sprechen zu können. Die Festlegung von Sektorschwerpunkten in den Partnerländern Ende der 90er Jahre dieser in einer Periode mit besonders niedriger Beachtung beider Punkte in der internationalen und nationalen Entwicklungsdebatte erweist sich heute als große Hürde, um die Agrarförderung wieder zu steigern. Die stärkere Beachtung von Ernährungssicherungsaspekten in nicht-landwirtschaftlichen Sektorschwerpunkten bspw. scheint ebenfalls schwierig durchzusetzen zu sein.

24. Wie bewerten Sie den von der britischen Regierung im Januar veröffentlichten Bericht „The Future of Food and Farming“ und seine Lösungsvorschläge in Hinblick auf die Verbesserung der Welternährung, die Minderung der Zahl von Menschen, die hungern oder an dem so genannten stillen Hunger (Mangelernährung) leiden?

Der Bericht *The Future of Food and Farming* ist ein **hervorragendes Dokument**, der wie der IASSTD-Bericht die Verknüpfung von Landwirtschaft, Ernährungssicherung, Umwelt und Klimawandel herstellt. Er tut dies mit größerem Gewicht auf **Klimawandel und Umwelt** (aber dennoch mit klarer Priorität für Ernährungssicherheit), ruft zu **proaktivem Prüfen und Handeln in Bezug auf moderne (Gen) Technologien** auf, betont stärker die Notwendigkeit von **systemischen Änderungen im gesamten Nahrungssektor** (Stichwort: Reduktion von Verschwendung und Luxuskonsum) und spricht sich eindeutig für die **Notwendigkeit des internationalen Agrarhandels** zur Erreichung von Ernährungssicherheit aus.

25. Welche Dimension hat der Außenhandel der EU mit LDC-Staaten und welche Auswirkungen ergeben sich daraus?

Der gesamte **Import aus LDC in die EU** betrug 2010 laut EU-Statistik etwa **21,7 Mrd. Euro oder 1,5% aller EU-Importe**, der **Export 23,5 (3,7) Mrd. Euro oder 1,7% aller EU-Exporte**. Davon entfielen auf Agrarprodukte 2,7 Mrd. für Importe aus LDC und 3,9 Mrd. für Exporte in LDCs. Der Agraranteil betrug 2009 insgesamt etwa 17%.

Der EU-Handel mit den LDC-Staaten wird seit dem Jahr 2001 von der Alles-Außer-Waffen- (**Everything-But-Arms, EBA**) Initiative der EU reguliert, einem Teil des Generellen Präferenzsystems (GPS). Laut der Mid-Term Evaluierung der allgemeinen EU-Handelsregime stiegen die Exporte aus den LDC in die EU um 18% pro Jahr (allerdings stiegen die LDC-Exporte in den Rest der Welt um 31% pro Jahr). Während noch 2000 die EU der wichtigste Markt für LDC war, ist es mittlerweile China. Nicht alle Importe aus LDC können von EBA profitieren, oft wegen schwierig zu erfüllender oder aufwändig zu dokumentierender Herkunftsregeln, oder weil andere, überlappende Präferenzen besser geeignet waren oder aus anderen Gründen gewählt wurden: Einige LDC zahlten für mehr als 50% ihrer Exporte den normalen Meistbegünstigten-Zollsatz. Die Evaluierung zeigt weiter, dass nur wenige Länder angesichts ihrer gegebenen Exportstruktur substantielle Vorteile durch EBA haben (nur 6 von 49 Ländern haben Präferenzmargen gegenüber dem Meistbegünstigten (Most Favoured Nation, MFN)-Zollsatz von mehr als 10% selbst unter der theoretischen Vorgabe, dass alle Exporte unter EBA-Konditionen laufen würden, während 32 Länder theoretische Präferenzmargen von weniger als 5% haben). Schließlich wird auf einen hohen Konkurrenzdruck hingewiesen, den LDC durch Änderungen der GSP- oder MFN-Präferenzen erfahren, einmal im Rahmen von weiteren Freihandelsabkommen mit weiter entwickelten Ländern wie den Mittelmeer- und osteuropäischen Nachbarn, Südafrika, und demnächst evtl. den Mercosur-Ländern, vor allem aber durch China und Indien. Eine Diversifizierung der Exporte findet nicht statt, zunehmend dominieren nicht-tarifäre Handelshemmnisse wie Qualitäts-, Nachweis-, sanitäre und phytosanitäre, private und sonstige Standards die

Agrarexporte aus Entwicklungsländern und haben den Zollschatz als wichtigsten Importbarriere abgelöst. Angesichts all dieser Hemmfaktoren für LDC-Exporte wundert es nicht, dass die Korrelation zwischen Präferenzmargen und Wirtschaftswachstum niedrig ist.

Aus all dem schließt der Verfasser, dass **Handelspräferenzen für LDC zwar sinnvoll, aber bei weitem nicht ausreichend** sind, um ihre Entwicklung zu beschleunigen. Wichtiger sind Weltmarktendenzen und interne Reformen von *Governance*, Wirtschaftspolitik, Infrastruktur, Innovationsverbreitung und Organisation, mit Unterstützung durch Entwicklungszusammenarbeit.

Anhang

Tabelle 1 Änderungen des Hungerindex zwischen 1990 und 2010, Länder mit Hungerindex > 20 in 1990

Land	1990	2010	Änderung Index
Kongo, Dem. Rep.	24,7	41	66%
Komoren	23	27,9	21%
Burundi	31,8	38,3	20%
Guinea-Bissau	20,9	22,6	8%
Liberia	22,9	24,3	6%
Madagaskar	28,1	27,5	-2%
Kenia	20,3	19,8	-2%
Sambia	25,6	24,9	-3%
Burkina Faso	22,7	21,1	-7%
Zentralafrikanische Republik	30	27,4	-9%
Jemen	30,1	27,3	-9%
Tansania	22,9	20,7	-10%
Sierra Leone	32,7	28,9	-12%
Haiti	33,5	28	-16%
Tschad	37,6	30,9	-18%
Senegal	20,8	16,8	-19%
Togo	27,8	22,4	-19%
Ruanda	28,9	23,1	-20%
Sudan	26,4	20,9	-21%
Mali	24,2	19,1	-21%
Kamerun	22,3	17,6	-21%
Guinea	21,9	17,1	-22%
Pakistan	24,7	19,1	-23%
Dschibuti	30,8	23,5	-24%
Indien	31,7	24,1	-24%
Nigeria	24,4	17,8	-27%
Nepal	27,5	20	-27%
Benin	24	17,1	-29%
Niger	36,5	25,9	-29%
Sri Lanka	21,1	14,5	-31%
Äthiopien	43,7	29,8	-32%
Kongo	22,4	15,2	-32%
Bangladesch	35,8	24,2	-32%
Angola	40,6	27,2	-33%
Kambodscha	31,5	20,9	-34%
Laos	29	18,9	-35%
Myanmar	29,5	18,8	-36%
Mosambik	37,4	23,7	-37%
Mauretanien	22	13,1	-40%
Malawi	30,6	18,2	-41%
Vietnam	24,8	11,5	-54%
Ghana	23,4	10	-57%
Nicaragua	23,4	9,9	-58%

Quelle: Welthungerhilfe/IFPRI/Concern Worldwide (2010), und eigene Berechnungen

Tabelle 2 Änderungen von Hungerindex, Bevölkerung, GDP, Agrar-GDP, relative Änderungen, 1990-2008

	Index- Änderung	Bevölkerungs- änderung	GDP- Änderung	Agrar- GDP- Änderung	Agrar- GDP-/ Gesamt- GDP- Änderung	Agrar- Änderung / Bevölkerung- Änderung	GDP- Änderung / Bevölkerungs- Änderung
Nicaragua	-58%	37%	82%	n.v.	n.v.	n.v.	221%
Ghana	-57%	56%	135%	83%	62%	148%	241%
Vietnam	-54%	30%	272%	105%	39%	347%	898%
Malawi	-41%	57%	89%	121%	136%	212%	156%
Mauretanien	-40%	62%	84%**	1%**	1%	1%	136%
Mosambik	-37%	65%	220%	143%	65%	218%	337%
Myanmar	-36%	21%	n.v.	n.v.	n.v.	n.v.	n.v.
Laos	-35%	48%	209%	108%	52%	227%	440%
Kambodscha	-34%	50%	n.v.	94%	0%	188%	0%
Angola	-33%	69%	185%	102%	55%	147%	268%
Bangladesch	-32%	38%	151%	75%	50%	197%	393%
Kongo	-32%	48%	55%	n.v.	n.v.	n.v.	115%
Äthiopien	-32%	67%	146%	110%	75%	164%	217%
Sri Lanka	-31%	18%	146%	46%	31%	257%	822%
Niger	-29%	86%	75%	n.v.	n.v.	n.v.	87%
Benin	-29%	81%	121%	n.v.	n.v.	n.v.	150%
Nepal	-27%	51%	116%	65%	56%	129%	229%
Nigeria	-27%	55%	112%	n.v.	n.v.	n.v.	202%
Indien	-24%	34%	202%	67%	33%	195%	592%
Dschibuti	-24%	52%	9%	n.v.	n.v.	n.v.	17%
Pakistan	-23%	54%	115%	92%	80%	171%	213%
Guinea	-22%	60%	93%	209%	224%	349%	155%
Kamerun	-21%	56%	53%	103%**	196%	184%	94%
Mali	-21%	47%	130%	66%**	51%	141%	277%
Sudan	-21%	53%	212%	131%	62%	248%	402%
Ruanda	-20%	36%	82%	93%	113%	258%	228%

*1993-2008, **1990-2007, n.v.= nicht verfügbar

Quellen: Welthungerhilfe/IFPRI/Concern Worldwide (2010), Welt-Entwicklungsbericht (2010), und eigene Berechnungen